

Michael Schlecht, MdB, Die Linke, Wahlkreis Mannheim

Frage 1: Ist in Ihren Augen die Beendigung der Besatzung eine Bedingung für einen gerechten Frieden für Israelis und Palästinenser?

Ja, eine Beendigung der Besatzung durch Israel ist für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina unabdingbar und muss ein wichtiges Ziel aller Verhandlungen sein. In welchem Schritt des Verhandlungsprozesses die Beendigung erfolgen soll, muss frühzeitig und eindeutig konkretisiert werden.

Frage 2: Halten Sie die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin für realistisch und erstrebenswert? Wenn JA: Welche Schritte sollte die zukünftige Bundesregierung unternehmen, um diese Lösung zu unterstützen? Wenn NEIN: Welches Szenario halten Sie für realistischer oder eher erstrebenswert?

Die LINKE hält eine Zwei-Staaten-Lösung nach wie vor für unbedingt erstrebenswert und der schlechten Bedingungen zum Trotz immer noch für realistisch. Eine zukünftige Bundesregierung sollte sich viel stärker als die Vorherigen für diese einsetzen. Hier sind verschiedene Maßnahmen vorstellbar: Enge Gespräche mit Israel darüber wie einerseits ihr Sicherheitsbedürfnis stärker berücksichtigt und gleichzeitig der Siedlungsbau gestoppt werden kann. Die Kräfte in Israel und in Palästina, die ehrlich an einer Friedenslösung interessiert sind, müssen gestärkt werden. Denn die Mehrheit in beiden Bevölkerungen ist für die Zwei-Staaten-Lösung. Zudem sollte die Eigenstaatlichkeit Palästinas weiter vorangetrieben werden. Hier könnte sich die Bundesregierung, die sich beim Antrag der Palästinenser auf Vollmitgliedschaft in der UN ja auch nur enthalten hat, aktiv innerhalb der UN für einen Staat Palästina einsetzen. Dem EU-Nahost-Quartett muss neues Leben eingehaucht und gegenüber den USA deutlich gemacht werden, dass Obama auch aufgrund seiner Ankündigung einer Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung viel Zuspruch in der Welt bekommen hat und dieses Versprechen auch einlösen muss.

Frage 3: Wie sollte die zukünftige Bundesregierung auf den Tatbestand des zunehmenden illegalen israelischen Siedlungsbaus in der Westbank bei gleichzeitiger Verweigerung des Rechts auf Wohnraum für Palästinenser in den C-Gebieten reagieren?

Mit der anhaltenden Ausweitung der völkerrechtswidrigen israelischen Besiedlung der „C-Gebiete“ sinkt die Chance eine Zweistaatenlösung herbeizuführen rapide. Die zukünftige Bundesregierung sollte sich stärker dafür einsetzen, dass der illegale Siedlungsbau gestoppt wird. Hierzu sollte sie gemeinsam mit den europäischen Partnern das Gespräch mit der israelischen Regierung suchen, um deutlich zu machen, dass ein Stopp des Siedlungsbaus für erfolgversprechende Friedensgespräche unabdingbar ist. Durch Siedler verursachte Gewalt sollte zudem konsequent strafrechtlich verfolgt werden.

Frage 4: Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach reagieren, wenn den Bestrebungen deutscher Entwicklungspolitik derart rigide entgegen-getreten wird?

Die Bundesregierung sollte die sofortige Rücknahme aller Abrissgenehmigungen einfordern. Dann muss gemäß dem Oslo-Abkommen ein Prozess eingeleitet werden, der die Übernahme der Verwaltung der C-Gebiete in die palästinensischen Stadt- und Regionalverwaltungen begünstigt. Die Bundesregierung sollte den Bau von Infrastrukturprojekten in den C-Gebieten verstärkt fördern und entsprechende Genehmigungen einfordern. Beachten sie hierzu auch die Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag „Willkürliche Zerstörungen von Infrastruktureinrichtungen durch Israel in den so genannten C-Gebieten des besetzten Westjordanlandes“ (BT-Drucksache 17/9289)

Frage 5: Halten Sie es für akzeptabel, dass Israel verschiedene rechtliche Standards an die Behandlung jüdischer oder palästinensischer Kinder anlegt? Wo sehen Sie Möglichkeiten für die deutsche Politik, diesem Unrecht entgegenzutreten?

DIE LINKE möchte, dass alle Kinder auf der Welt einen den höchstmöglichen Schutz genießen. Dementsprechend wendet sie sich grundsätzlich gegen die Inhaftierung von Kindern. Die inhaftierten palästinensischen Kinder müssen freigelassen und betreut werden.

Es ist schade, dass Israel sich der Prüfung im UN-Menschenrechtsrat entzogen hat. Der Menschenrechtsrat bietet einen guten Rahmen, um solches Unrecht zu adressieren.